



Notiz: Diese Abschrift ist möglicherweise nicht 100% übertragbar

Manipulierte Zustimmung: Die politische Ökonomie der Massenmedien

Noam Chomsky

University of Wisconsin, Madison, 15. März 1989

Ich möchte mit zwei Ereignissen beginnen, die viele Schlagzeilen gemacht haben.

Das erste betrifft den berühmten Fall Salman Rushdie. Vor ein paar Tagen hat der Premierminister des Iran einen sehr einfachen Vorschlag zur Lösung der Krise um Rushdie gemacht: Er sagte, dass sämtliche Exemplare des Buchs von Rushdie, *Die satanischen Verse*, einfach verbrannt werden sollten. Ich interpretiere das so, dass das Todesurteil gegen Rushdie dann aufgehoben werden könnte. Das ist der eine Fall, über den viel berichtet wurde.

Im zweiten Fall ging es um ein interessantes Ereignis in den USA. Dabei geschah etwas, was manche Leute einen Mega-Zusammenschluss nennen, nämlich den der Medien-Giganten Times Inc. und Warner Communications Inc. Beide sind auch so schon Riesenfirmen, und jetzt bilden sie anscheinend das größte Medienimperium der ganzen Welt. Auch dieser Vorfall hat über die Business-Community hinaus hohe Wellen geschlagen und Besorgnis über die Auswirkungen einer so starken Medienkonzentration auf die Meinungsfreiheit ausgelöst.

Die beiden Ereignisse haben scheinbar nichts gemein, und in gewisser Hinsicht stimmt das. Aber es gibt einen Zusammenhang, wenn wir an einen Vorfall denken, dessen direkter Zeuge ich war, der aber seinerzeit als „zu unwichtig“ für einen Bericht betrachtet wurde.

Der Titel meines Vortrags heute ist ja „Manipulierte Zustimmung: Die politische Ökonomie der Massenmedien“ – derselbe Titel wie der eines Buchs, das ich gerade mit meinem Ko-Autor Edward Herman veröffentlicht habe. Wir beide arbeiten seit vielen Jahren zusammen. Unser erstes Buch wurde 1974 „veröffentlicht“. Darin ging es um die US-Außenpolitik und die Medien, und es wurde von einem gut gehenden Verlag, der viele Lehrbücher verlegte, herausgebracht. Zufällig war er auch eine Tochtergesellschaft von Warner Communications.

Sie werden das Buch hier kaum zu Gesicht bekommen haben. Denn nachdem die Anzeigen für das Buch erschienen und schon 20.000 Exemplare gedruckt waren, sah einer der Manager

von Warner Communications die Werbung. Sie gefiel ihm gar nicht. Er wollte das Buch sehen und fand es dann sogar noch schlimmer – er war regelrecht empört! Nach längerem Hin- und Her, das ich hier auslasse, endete die Geschichte damit, dass der Mutterkonzern, Warner Communications, einfach entschied, den Verlag zu schließen und so dem Ganzen ein Ende zu machen.

Sie *verbrannten* keine Bücher, sondern sie stampften sie ein, was zivilisierter ist. Bücher sind auch kein so gutes Brennmaterial, sondern eher wie Ziegel, aber leicht einzustampfen. Bei all dem verschwand nicht nur unser Buch im Orkus – es betraf alle Publikationen des Verlags.

Es gibt einige Unterschiede zwischen diesem Fall und dem Vorschlag des iranischen Premierministers, wie zum Beispiel den, dass unser Buch tatsächlich vernichtet wurde. Zum zweiten betraf dieser Vorfall nicht nur *ein* Buch, sondern alle Bücher, die das Pech hatten, mit einem Verleger in Verbindung zu stehen, der etwas so Schreckliches getan hatte. Drittens war auch die Reaktion ganz anders. Als Warner Communications seiner Tochtergesellschaft die Lizenz entzog, damit unser Buch nicht erscheinen konnte, gab es keinerlei Reaktion. Nicht weil keiner davon wusste, sondern weil niemand es wichtig fand. Ganz anders natürlich bei der Rushdie-Affäre. Da gab es, zu Recht, große Aufregung, und der Vorschlag des iranischen Premierministers wurde höhnisch abgelehnt als Beispiel dafür, was wir von diesen „Barbaren“ erwarten können. Gut, da gibt es also Unterschiede.

Kommen wir zurück zur Frage des Mega-Mergers. Wird dieses neue Medienimperium durch übermäßige Medienkonzentration die Meinungsfreiheit beschränken? Vielleicht, aber dieser Unterschied ist klein angesichts der bereits bestehenden Mechanismen wie in diesem Fall. Und dieser Fall ist ja keineswegs der einzige – was die Heuchelei und den Zynismus der Reaktionen auf den Fall Rushdie überdeutlich macht. Die Reaktionen sind legitim, aber basieren sie auch auf Prinzipien? Ich denke, meistens tun sie es nicht.

Was ich bisher gesagt habe, ist ein wenig irreführend. Es verweist zutreffend auf den Ort, wo die Entscheidungen getroffen werden – nicht nur im Verlagswesen und in den Medien, sondern in Politik und Gesellschaft generell. Insofern stimmt es, aber es täuscht im Hinblick darauf, wie Macht normalerweise ausgeübt wird. Meistens nicht so. Ich glaube nicht, dass es normalerweise so gemacht wird. Im Allgemeinen geschieht es viel subtiler, aber nicht weniger wirkungsvoll. Ich komme auf einige dieser subtileren Arten und die Gründe für sie zu noch zurück, und wenn wir genug Zeit haben, oder in der Frage & Antwort-Runde, werde ich über das Nachspiel zu diesem Vorfall sprechen. Es ist ebenfalls erhellend, aber viel komplexer.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich jetzt den Hauptthemen zuwenden – der Manipulation von Zustimmung, Gedankenkontrolle und Indoktrination. Und ich werde diskutieren, was das alles mit den Medien zu tun hat.

Es gibt ein Standardbild von den Medien und ihrer Arbeitsweise. Dieses Standardbild wird zum Beispiel vom US-Supreme-Court Richter Powell gezeichnet, wenn er die entscheidende Rolle der Medien bei der Erfüllung des sozialen Zwecks des 1. Verfassungszusatzes beschreibt. Dieser soll der Öffentlichkeit echte Kontrolle über den politischen Prozess geben. Das ist eine Art instrumentelle Verteidigung des 1. Verfassungszusatzes. Der durchzusetzende Wert ist der demokratische Prozess, und damit dieser funktioniert, muss die Bevölkerung freien, ungehinderten Zugang zu relevanten Informationen und einer großen Bandbreite von Meinungen haben. Die Medien sollen dafür sorgen, dass dies geschieht. Der 1. Verfassungszusatz hat die instrumentelle Funktion einer Garantie, die von den Medien umgesetzt wird. Soweit

das Standardbild. Dieses Bild hat eine beschreibende und eine normative Komponente. Es sagt: So und so *sollten* die Medien sein, und so und so *sind* sie.

Nun, dass sie so sein sollten wie gerade beschrieben ist offensichtlich und fast eine Tautologie, wenn Demokratie bedeutet, dass die Bevölkerung über Möglichkeiten verfügen muss, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Das setzt natürlich Information voraus, und das heißt, dass das Informationssystem einer freien Gesellschaft dieser Funktion dienen muss.

Da das so offensichtlich scheint, sollten wir nicht vergessen, dass keineswegs jeder dem zustimmt. Tatsächlich wird weithin das genaue Gegenteil vertreten und ich wäre gar nicht überrascht, wenn das die Meinung der Mehrzahl derer wäre, die im Lauf der letzten Jahrhunderte über liberale, freiheitliche Demokratie und ihre wünschenswerte Funktionsweise nachgedacht haben. Jedenfalls spielt diese gegenteilige Auffassung eine sehr gewichtige Rolle.

Dieser Standpunkt kann bis zu den Ursprüngen der modernen Demokratie in der Englischen Revolution im 17. Jahrhundert zurückverfolgt werden, als zum ersten Mal das Recht der Autoritäten – egal ob Adel, König oder was sonst – in Frage gestellt wurde und es zu den Anfängen einer realen, radikalen, demokratischen Bewegung kam, deren Teilnehmer – von denen es in England sehr, sehr viele gab – öffentliche Beteiligung und Kontrolle über alle wichtigen Angelegenheiten forderten. Sie wollten weder von einem König noch von einem Parlament regiert werden, sondern selbst über sich bestimmen. Diese radikalen Demokraten wurden besiegt, aber zuvor taten sie einige wichtige Dinge, die einen bleibenden Einfluss hatten.

Was mich hier interessiert, ist die Reaktion darauf. Die Reaktion auf diese ersten Versuche einer populären Demokratie, einer radikalen Demokratie war große Furcht und Sorge. Ein damaliger Historiker, Clement Walker, warnte, dass diese Leute, die in ihren kleinen Druckereien Pamphlete herstellten und sie verbreiteten und die die Armee aufhetzten und die Bevölkerung darüber aufklärten, wie das System in Wirklichkeit funktionierte, extrem gefährliche Dinge täten: Sie enthüllten die Geheimnisse der Regierung. Und das, sagte er, sei gefährlich, denn es werde das Volk „so neugierig und hochmütig machen, dass es nie wieder die nötige Demut findet, sich einer zivilisierten Herrschaft zu beugen“. Und das ist ein Problem.

John Locke erklärte einige Jahre später, worin das Problem bestand. Er meinte, man müsse den Tagelöhnern und Handwerkern, den alten Weibern und Milchmädchen sagen, was sie glauben müssen. Die große Masse kann nicht *wissen* und muss daher *glauben*, und natürlich muss jemand anders ihnen sagen, was. Natürlich meinte er nicht nur diese Art Leute, sondern die Bevölkerung insgesamt, und dieser Standpunkt ist keineswegs antiquiert, sondern zieht sich bis heute durch; er wird in der Amerikanischen Revolution diskutiert, und von da ab bis in die Moderne hinein. Sehen wir uns jetzt letztere Periode an.

In dieser letzten, der modernen Periode nehmen diese Ideen eine viel ausgeklügeltere Form an. So schrieb etwa Reinholt Niebuhr, ein weithin geachteter Moralist und Kommentator internationaler Politik, Vernunftargumente sollten besonnenen Beobachtern vorbehalten bleiben, während die Durchschnittsperson dumm ist und dem Glauben, nicht der Vernunft folgt. Und dieser naive Glaube erfordert die Entwicklung „notwendiger Illusionen“, emotional mächtiger Vereinfachungen durch Mythen-Bildner, um den Normalbürger auf Kurs zu halten, da dieser ja dumm ist. Das ist dieselbe Auffassung wie die Lockes.

Der Ausdruck „manipulierte Zustimmung“ wurde von dem großen alten Mann des US-Journalismus, Walter Lippman, geprägt. Lippman beschrieb manipulierte Zustimmung als wohlüberlegte Kunst und reguläres Mittel demokratischer Regierung. Sie sei äußerst wichtig

und eine Revolution in der Praxis der Demokratie, und zwar eine unterstützenswerte Revolution. Grund ist wieder die Dummheit des Durchschnittsbürgers. Die Interessen aller seien dem Geist der Masse weitgehend unzugänglich und könnten nur von einer Klasse von Spezialisten wahrgenommen werden, die über ihren Tellerrand hinausblickt. Also Niebuhrs besonnenen Beobachter. Und wer ist das? Die Leute, die solche Standpunkte vertreten, sind immer Teil dieser Gruppe. Die *anderen* gehören nicht dazu. All das steht in Lippmans Buch *Public Opinion*, das kurz nach dem Ersten Weltkrieg erschien. Und dieser Zeitpunkt ist wichtig.

Der Erste Weltkrieg war eine Periode, in der liberale Intellektuelle, besonders der Kreis um John Dewey, sehr stolz auf sich waren wegen ihres, wie sie es nannten, „Erfolgs“ bei der Durchsetzung ihres Willens gegenüber einer widerwilligen oder gleichgültigen Mehrheit.

Es gab im Ersten Weltkrieg ein Problem, nämlich, dass die Bevölkerung wie üblich pazifistisch war und keinen besonderen Grund sah, loszuziehen und Deutsche zu töten oder selbst getötet zu werden: Wenn die Europäer das tun wollten – ihre Sache. Und Woodrow Wilson gewann die Wahlen von 1916 mit dem Versprechen, einen „Frieden ohne Sieg“ anzustreben. Doch wenig überraschend interpretierte er das dann als Sieg ohne Frieden. Das Problem war daher, diese widerwillige und gleichgültige Mehrheit durch Schaffung emotional mächtiger Vereinfachungen und notwendiger Illusionen in einen hurrapatriotischen Taumel zu versetzen, damit sie dieses große Anliegen unterstützten.

Die liberalen Intellektuellen waren überzeugt, dass der Erfolg dabei in erster Linie ihnen zuzuschreiben war, und sie hielten das aus offensichtlichen Gründen für sehr gut. Und vermutlich hatten sie wirklich eine Rolle gespielt – ob so groß, wie sie dachten, ist allerdings fraglich. Sie setzten alle Arten von notwendigen Illusionen ein, wie Erfindungen über Gräueltaten der Hunnen, Babys in Belgien mit abgerissenen Armen und weitere vom britischen Geheimdienst zusammengebraute Lügen, die sie den Bildungsbürgern der USA erzählten, die alles glaubten, begeistert aufnahmen und weiterverbreiteten. Sie setzten Mittel ein wie das, was sie historische Rekonstruktion nannten. Dieser Ausdruck wurde von dem US-Historiker Frederick Paxton geprägt. Er war Gründer des Nationalen Rats für Historischen Dienst, einer Gruppe von Historikern, die sich zusammenfanden, um dem Staat zu dienen, indem sie den Krieg so darstellten, dass er leichter zu gewinnen war. Das ist „historische Rekonstruktion“.

So schuf die Wilson-Administration vermutlich die erste offizielle Propaganda-Agentur des Landes, die Creel-Kommission, deren Zweck eben war, die widerstrebende oder gleichgültige Mehrheit dazu zu bringen, sich begeistert für diesen Krieg einzusetzen, den sie eben noch abgelehnt hatte.

Das hatte Konsequenzen – eine ganze Reihe institutioneller Folgen während dieser ganzen Zeit. Eine davon war die Einrichtung einer nationalen Polizei, des FBI, das sich seitdem seiner primären Aufgabe, nämlich der Gedankenkontrolle und der Unterdrückung von Freiheit widmet. Eine weitere institutionelle Entwicklung war das enorme Wachstum der Public-Relations-Industrie.

Eine Menge Leute interessierten sich für diese Möglichkeit zur Kontrolle des „öffentlichen Denkens“, wie ein Slogan der PR-Industrie es nennt. Eines der Mitglieder der Creel-Kommission war ein Mann namens Edward Bernays, der zum Säulenheiligen der PR-Industrie wurde. Dieser große, wichtige Wirtschaftszweig ist eine US-amerikanische Erfindung, obwohl sie sich dann natürlich auch anderswo verbreitet hat. Ihre Aufgabe ist die Kontrolle des öffentlichen Denkens, und, ich zitiere wieder, „die Aufklärung der Amerikaner über wirt-

schaftliche Fakten, um für ein günstiges Geschäftsklima zu sorgen – und, natürlich, für das richtige Verständnis von „gemeinsamen Interessen“.

Bernays entwickelte das Konzept der „Herstellung von Konsens“, das ihm zufolge das Wesen der Demokratie ist. Natürlich sagte er nicht extra, dass nur ausgewählte Gruppen das Recht auf Beteiligung an der „Herstellung von Konsens“ haben sollten – die nämlich, die die Macht und die Ressourcen dazu haben.

Er selbst zeigte oft, wie man das macht, zum Beispiel durch die Dämonisierung der kapitalistisch-demokratischen Regierung Guatemalas, an deren Sturz durch einen CIA-Coup die USA arbeiteten. Bernays arbeitete damals für die United Fruit Company, die gegen diese Regierung war, weil sie plante, ungenutzte Ländereien des Konzerns zu beschlagnahmen und sie landlosen Bauern zu geben. Sie wollte dafür Preise zahlen, die dem Wert entsprachen, der für Steuerzwecke angegeben worden war, was die Firmenvertreter als sehr unfair ansahen, weil sie wie üblich gelogen und betrogen hatten, was den wahren Wert des Landes betraf. Das war eine seiner Leistungen. Und die PR-Industrie im Allgemeinen hat sich seither immer ganz ähnlichen Projekten gewidmet.

Die Creel-Kommission hat übrigens einen modernen Nachfolger, der von der Reagan-Administration geschaffen wurde: das Büro für Lateinamerikanische Öffentliche Diplomatie. Das ist die größte Propaganda-Agentur der US-Geschichte, vielleicht eine der größten aller westlichen Staaten. Auch sie widmete sich der Kontrolle des öffentlichen Denkens, hauptsächlich der Kontrolle der Diskussion über Mittelamerika, der „Dämonisierung“ – so ein Mitarbeiter – der Sandinisten und der Mobilisierung von Unterstützung für die US-Terrorstaaten der Region. Das geschah durch die Einengung der Debatte, durch die Einschüchterung von Kritikern und durch Erfindungen, die die Medien nur zu gern nachplapperten.

Ein berühmtes Beispiel für die Leistungen dieser Propaganda ist eine spektakuläre und wirkungsvolle Rede, die Reagan 1986 verlas und die den Kongress überzeugte, eine Hundert-Millionen-Dollar Hilfe für die Contras zu beschließen, direkt nachdem der Welt-Gerichtshof die USA wegen der rechtswidrigen Anwendung von Gewalt verurteilt und zur Einstellung ihrer Aggression aufgefordert hatte. Die Rede war extrem effektiv. Sie listete die gesamte Litanei der Verbrechen Nicaraguas auf und endete mit der Behauptung, diese Kommunisten gäben selbst zu, dass sie die gesamte Hemisphäre erobern und unsere Lebensart zerstören wollten: „Sie sagen selber, dass sie eine Revolution ohne Grenzen betreiben.“ Das war das Finale, so schloss die Rede, große Aufregung, der Kongress stimmte für die Hilfe, die Reagan-Administration erklärte, dies bedeute Krieg, echten Krieg, und alle Welt war sehr aufgeregt und froh.

Nun, diese Worte, „Revolution ohne Grenzen“, waren tatsächlich gefallen, unter anderem in einem Pamphlet des US-Außenministeriums, das diesen Titel trug und die Verbrechen der Sandinisten beschrieb. Und es gibt sogar eine authentische Version. Die Worte, oder ähnliche Worte, kommen in einer Rede des sandinistischen Comandante Tomas Borge vor. Er hielt eine Rede, in der er sagte, Nicaragua bzw. die Sandinisten hofften auf den Aufbau einer vorbildlichen Gesellschaft, die so gut funktioniert und den Bedürfnissen der Armen so gut dient, dass andere versuchen werden, dasselbe in ihrem eigenen Land zu tun. Und er fügte hinzu, jedes Land müsse seine eigene Revolution durchführen, und es sei unmöglich, dass irgendein Land eine Revolution anderswo durchführt. Aber er hoffte, das Vorbild, das die Sandinisten aufbauten, werde so erfolgreich sein, dass andere es nachahmen würden. In diesem Sinn überschreite die sandinistische Revolution tatsächlich Grenzen.

Diese Worte wurden dann sofort vom Büro für Öffentliche Diplomatie OPD aufgegriffen und in die Drohung verwandelt, die Hemisphäre zu erobern. Diese Lüge wurde sofort vom Rat für die Hemisphäre CHA entlarvt, der in Washington wöchentlich eine Nachrichtenanalyse für Journalisten erstellt. Das wurde sogar irgendwo auf den hinteren Seiten der *Washington Post* erwähnt, wo es hieß, diese Worte, „Revolution ohne Grenzen“, seien nicht exakt das, was Borge gesagt habe. Tatsächlich war die neue Version des Slogans ja das Gegenteil dessen, was er gesagt hatte, aber das machte keinen Unterschied. Sie war nützlich, die ganze Lüge war nützlich, und seitdem kam keine Kritik mehr. Als das Pamphlet des Außenministeriums herauskam, gab es in den Medien keine Kritik, und als Reagan seine Rede hielt, wies niemand auf die Lüge hin. Selbst die *Washington Post*, die darüber berichtet hatte, sprach nun von der sandinistischen „Revolution ohne Grenzen“. Die Medien haben das wieder und wieder wiederholt: Schaut nur, sie sagen ja selber, dass sie eine „Revolution ohne Grenzen“ anstreben.

Das ist genau das, was wirksame Propaganda-Agenturen tun, geht aber natürlich nur, wenn die Medien bereit sind, mitzuspielen. Schließlich war es ja nicht schwer zu sehen, dass all das ein unglaublicher Betrug war. Aber genauso lief es.

All das war auch komplett illegal. Es gab einen Kongress-Bericht vom Amt für Rechnungsprüfung GAO darüber, der darauf hinwies, dass die Aktionen illegal waren. Sie kamen aus dem Nationalen Sicherheitsrat, und dieser darf keine Propaganda gegenüber US-Bürgern betreiben. Aber es war dennoch ein großer Erfolg. Als dann während der Iran-Contra-Anhörungen alles herauskam, beschrieb ein Top-Beamter der Regierung die Aktionen des OPD als eine ihrer wirklich großen Leistungen. Er bezeichnete sie als spektakulären Erfolg und als die Art von Operation, die man in Feindesland durchführt. Und dieser Ausdruck passt sehr gut. Ich denke, er zeigt genau, wie die Bevölkerung von den Leuten an der Macht gesehen wird: Sie ist ein Feind, sie ist der Feind im Innern, und man muss sie unter Kontrolle halten und dafür sorgen, dass die Walkerschen Geheimnisse nicht enthüllt werden, damit die Leute nicht so neugierig und hochmütig werden, dass sie sich keiner zivilisierten Herrschaft mehr beugen, wie es im 17. Jahrhundert hieß. Und für die Kontrolle über den inneren Feind sind Propaganda und Lügen wichtig, und dazu haben wir im Fall der Konzerne die PR-Industrie, und im Fall des Staates die Medien, die fast immer zu Diensten stehen.

Wir haben ja die Auffassung schon illustriert, nach der die Medien gerade nicht so funktionieren sollten, wie die Standardrhetorik es behauptet.

Sehen wir uns diese Fragen kurz im heimischen akademischen Kontext an.

In der *International Encyclopedia of Social Sciences* von 1933 – als man sich noch etwas offener und ehrlicher äußerte als heute – findet sich ein Artikel zu Propaganda, und er ist sehr lesenswert. Dieser Eintrag zum Stichwort „Propaganda“ stammt von einem führenden, vielleicht sogar *dem* führenden US-Politikwissenschaftler, Harold Lasswell, der besonders im Bereich Kommunikation sehr einflussreich war. Und in diesem Enzyklopädie-Eintrag zu Propaganda sagt er, wir sollten nicht dem demokratischen Dogma anhängen, dass die Menschen ihre Interessen selbst am besten beurteilen können. Das stimmt nicht. Selbst die Verbreitung der allgemeinen Schulbildung bedeutet nicht, dass sie nun ihre Interessen beurteilen können. Das können nur die Eliten, die Klasse der Spezialisten, die besonnenen Beobachter, die rationalen Menschen, und deshalb müssen sie die Mittel haben, ihren Willen durchzusetzen, natürlich immer zugunsten des Gemeinwohls. Aufgrund der Unwissenheit und Irrationalität der Massen brauchen wir eine ganz neue Technik der Kontrolle, die weitgehend auf Propaganda basiert. Propaganda, so Lasswell, sollte keine negative Konnotation haben – sie ist etwas ganz Neutrales. Sie ist so neutral wie ein Pumpenschwengel. Man kann sie zu guten oder zu

schlechten Zwecken einsetzen, und da wir selbst natürlich – quasi definitionsgemäß – gut sind, nutzen wir sie auch für das Gute, und all das sollte keine negativen Konnotationen haben. Es ist sogar moralisch, sie einzusetzen, weil man nur so die unwissende und dumme Masse der Bevölkerung vor ihren eigenen Irrtümern bewahren kann. Man lässt ein dreijähriges nicht über die Straße rennen, und man lässt gewöhnliche Leute nicht ihre eigenen Entscheidungen treffen. Man muss sie kontrollieren.

Und warum brauchen wir Propaganda? Er erklärt es uns. Er sagt, in militärischen oder feudalen Gesellschaften – die wir heute totalitär nennen würden – brauche man Propaganda nicht so dringend. Dafür hat man ja schließlich den Knüppel. Damit kann man das Verhalten der Leute kontrollieren, und daher ist es nicht so wichtig, was sie denken. Wenn sie aus der Reihe tanzen, hat man den Daumen drauf – zu ihrem eigenen Wohl natürlich. Aber wenn der Knüppel erst mal weg ist, wenn der Staat das Mittel der Gewalt verliert, gibt es Probleme. Dann macht sich die Stimme des Volkes vernehmbar – es gibt all diese Mechanismen, die den Menschen ermöglichen, sich zu äußern und sich sogar, etwa durch Wahlen, *zu beteiligen*. Man kann sie nicht durch Gewalt kontrollieren, weil das nicht mehr geht. Aber die Stimme des Volkes ist nun hörbar, also muss man dafür sorgen, dass sie das Richtige sagt. Und wenn man das sicherstellen will, braucht man wirksame und ausgefeilte Propaganda, auch hier natürlich wieder zum Besten der Betroffenen.

Je freier die Gesellschaft also wird, je weniger Gewalt die Mächtigen ausüben können, desto größer der Bedarf an raffinierter Indoktrination und Propaganda – zum Wohle aller.

Es besteht große Ähnlichkeit zwischen dieser Ideologie und dem Leninismus. Letzterem zufolge werden die besonnenen Beobachter in Gestalt der radikalen Intellektuellen die Vorhut sein, die die dummen und unwissenden Massen zur kommunistischen Utopie führt, weil sie zu stupide sind, den Weg selbst zu finden.

Und im Lauf der Jahre kam es wiederholt zu einem nahtlosen Übergang von der einen zur anderen Position. Es ist sehr interessant, wie leicht sich Leute vom einen zum anderen Standpunkt bewegen. Ich denke, das liegt zum Teil daran, dass diese mehr oder weniger auf dasselbe hinauslaufen. Man kann ein marxistisch-leninistischer Kommissar sein oder jemand, der die Großartigkeit des Staatskapitalismus preist und diesem dient – beide Perspektiven sind letzten Endes sehr ähnlich. Man nimmt die eine oder die andere ein, je nach der eigenen Einschätzung, welche mehr Macht verspricht, und das kann sich ändern.

Ich denke, ein Großteil der Intellektuellen hat sich im Lauf des 20. Jahrhunderts im einen oder anderen Lager verortet. Ich muss nicht extra erwähnen, welche starke Anziehung der Marxismus-Leninismus auf die Intellektuellen ausübt. Die Gründe sind offensichtlich. Und die anderen Doktrinen haben dieselbe Anziehung auf Intellektuelle, weil sie ihre Rolle als ideologische Manager im Dienst der wirklichen Macht, der Macht der Konzerne und des Staates rechtfertigen. Alles natürlich zum Wohl der Bevölkerung. So fühlt man sich naturgemäß zu der einen oder anderen Position hingezogen.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diese Ideen wiederholt artikuliert. Zum Beispiel 1948, als es erneut notwendig wurde, die widerwillige und gleichgültige Mehrheit in Kriegsstimmung zu versetzen. 1948 war der Krieg gerade zu Ende, die Bevölkerung war pazifistisch, sie wollte Frieden, sie wollte Kühlschränke kaufen, und sie wollte keine neuen Kriege, sondern Demobilisierung, das Schlachten war vorbei – aber sie musste erneut in ein Kriegsfieber versetzt werden, weil ein neuer Krieg nahte, nämlich der Kalte Krieg, der laut den in-

ternen Dokumenten ein echter Krieg war. So war es, in den Worten von Dean Acheson, nötig, ihnen den Glauben an die Notwendigkeiten des Kalten Kriegs einzubläuen.

Ein sehr bekannter Präsidentschaftshistoriker, Thomas Bailey, erklärte 1948, da die Massen notorisch kurzsichtig seien und die Gefahr meist nicht erkennen könnten, bis sie ihnen an der Kehle säße, müssten unsere Staatsmänner sie oft täuschen, um sie zur Einsicht in ihre eigenen langfristigen Interessen zu bringen. Diese Art von Täuschung könne sogar immer nötiger werden, solange wir unseren Führern in Washington keine freiere Hand gäben.

Wenn wir also weiter an unsinnigen Ideen wie der Kontrolle dieser Führer durch Wahlen usw. festhalten, wird es nötig sein, die Bevölkerung zu täuschen, weil die Massen zu dumm und unwissend sind zu verstehen, dass die Gefahr ihnen schon an der Kehle sitzt. Und genau das ist die Rolle der Medien – die richtige Art von Täuschung zu lancieren.

Nähern wir uns nun der Gegenwart. 1981, als wir gerade wieder einen neuen Kreuzzug für die Freiheit in Mittelamerika einläuteten, erklärte Samuel Huntington, Professor für Staatslehre in Harvard und langjähriger Regierungsberater in einer Diskussion in der Harvard-Zeitschrift *International Security*, man müsse Interventionen oder andere Militäraktionen manchmal so verkaufen, dass der falsche Eindruck entstehe, man bekämpfe die Sowjetunion. Genau das haben die Vereinigten Staaten seit der Truman-Doktrin immer getan. Und genau das tun wir natürlich jetzt. Wir bekämpfen Nicaragua, aber dazu muss der falsche Eindruck erweckt werden, wir bekämpften die Sowjetunion. Das ist die Aufgabe des Büros für Lateinamerikanische Öffentliche Diplomatie, der besonnenen Beobachter, der geachteten Intellektuellen und der Medien. Huntingtons Bemerkung ist durchaus zutreffend. Und sie gibt einen gewissen Einblick in den Kalten Krieg und auch in die Jetztzeit.

Diese Sorgen über die Kontrolle des öffentlichen Denkens entstehen meist nach Zeiten von Krieg und Unruhe, und das mit gutem Grund. Kriege, Wirtschaftskrisen und Ähnliches rütteln die Menschen oft aus ihrer Apathie auf und bringen sie zum Nachdenken oder sogar zur Selbstorganisation, und daraus entstehen die erwähnten Gefahren.

So folgte die „Rotenjagd“ Woodrow Wilsons – eine Zeit harter und wirksamer Repression – unmittelbar auf den Ersten Weltkrieg. Und hier kommt diese Revolution in der Kunst der Demokratie ins Spiel, der Ruf nach der Manipulation von Zustimmung, und es kommt das FBI, das dazu wenn nötig auch Gewalt einsetzt. Wir sprechen oft von der McCarthy-Zeit, aber das ist ein schlechter Name, weil sie Ende der 1940er Jahre von *liberalen Demokraten* initiiert und von McCarthy nur aufgenommen und ausgeschlachtet wurde. Auch sie war ein Versuch zur Überwindung der durch Krieg und Depression entstandenen Mobilisierung der Bevölkerung, die drohte, die Geheimnisse der Regierung in Frage zu stellen und zu enthüllen und was sonst noch alles. Dasselbe geschah nach dem Vietnamkrieg. Er war ein wichtiger Faktor und Auslöser der Unruhe der 1960er Jahre. Und das erzeugte große Sorge, eine tiefe Besorgnis, die bis heute besteht, weil die Mächtigen noch kein Gegenmittel dafür gefunden haben.

Der Vietnamkrieg und die 1960er führten, in den Worten liberaler Eliten, zu einer „Krise der Demokratie“, so der Titel eines wichtigen Buchs zu all diesen Fragen. Es ist das erste und einzige Buch der Trilateralen Kommission, kam 1975 heraus und handelt vom Problem der Regierbarkeit der Demokratien. Und es *gab* ein Problem der Regierbarkeit der Demokratien, weil die Bevölkerung aus dem Ruder zu laufen drohte. Der Feind im Innern war dabei, außer Kontrolle zu geraten, also musste man etwas tun.

In der Trilateralen Kommission sitzen liberale Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Eliten aus den drei großen Zentren des Staatskapitalismus, Westeuropa, USA und Japan – daher „Trilaterale“. Wir sprechen hier vom *liberalen* Flügel, von der Gruppe um Jimmy Carter, aus der er selbst und praktisch alle seine Minister und Top-Berater kamen. Es geht um diesen Teil des politischen Spektrums.

Der US-Berichterstatter, der über die Situation in den USA schrieb, war wieder Samuel Huntington. Und er wies darauf hin, dass Truman das Land zusammen mit einer relativ kleinen Zahl von Wall Street-Anwälten und -Bankern regieren konnte. Damals gab es keine Krise der Demokratie. Damals war die Welt noch in Ordnung.

Diese Art vulgärmarxistischer Rhetorik ist übrigens nicht untypisch für interne staatliche Dokumente oder die Wirtschaftspresse, und dieses Buch war als internes Dokument gedacht und nicht für das breite Publikum bestimmt. Aber es ist lesenswert. Es ist sicher in vielen Bibliotheken erhältlich – oder sollte es sein.

Jetzt war also diese Krise der Demokratie ausgebrochen. Was war geschehen? In den 1960er Jahren begannen alle möglichen Teile der Bevölkerung, die sonst apathisch, passiv und gehorsam sind und sich nicht querstellen, sich zu organisieren, ihre Stimme zu erheben, Fragen zu stellen und Forderungen an die Politik zu erheben. Und das war zu viel, das führte zu einer Krise der Demokratie. Man konnte das Land nicht mehr mit ein paar Anwälten und Bankern von der Wall Street regieren. Es gab diesen ganzen Druck vom Rest der Bevölkerung, und das ist ein Problem. Und das müssen wir überwinden. Und wir können es überwinden, so alle drei Berichterstatter der Trilaterale, indem wir größere Mäßigung in die Demokratie einführen, um demokratische Exzesse einzudämmen. Kurz, wir müssen die Gesamtbevölkerung in ihre Apathie und Passivität und in den ihr bekömmlichen Gehorsam zurückversetzen. Die dummen und unwissenden Massen dürfen keinen Unsinn treiben, und wenn diese Krisen der Demokratie kommen, müssen wir die Norm und den früheren Zustand wiederherstellen.

Das ist eine Auffassung, die bis auf die Ursprünge der Republik zurückgeht. Aus den Worten der Gründerväter geht hervor, dass das im Wesentlichen auch ihre Meinung war. Auch sie sahen die Bevölkerung als gefährliche Bedrohung an. John Jay war Präsident der Verfassungskonvention und Vorsitzender Richter des Obersten Gerichtshofs nach dessen Gründung. Laut seinem Biografen war eine seiner Lieblingsmaximen, dass diejenigen, denen das Land gehört, es auch regieren sollten. Und wenn sie es nicht mit Gewalt regieren können, müssen sie es auf andere Art tun, und das erfordert Täuschung, Propaganda, Indoktrinierung und die Manipulation von Zustimmung.

Fassen wir zusammen. Es gibt eine Standardsicht – eine *rhetorische* Standardsicht, im Wesentlichen die von Richter Powell – nach der die Bevölkerung echte Kontrolle über den politischen Prozess haben soll, und nach der die Medien ihr das ermöglichen sollen. So die Rhetorik. Dann gibt es die Gegenmeinung, nach der das Volk ein gefährlicher Feind ist und zum eigenen Wohl kontrolliert werden muss. Und die Gegenmeinung ist sehr verbreitet. Ich wäre nicht überrascht, wenn das die Mehrheitsmeinung gebildeter, demokratischer Kommentatoren zur politischen Theorie bis zurück ins 17. Jahrhundert wäre.

So haben wir zwei gegensätzliche Sichtweisen.

Was die Medien betrifft, ist die Standardsicht wieder die von Richter Powell, die ich gerade beschrieben habe. Nach ihr müssen die Medien, wenn sie ihrem gesellschaftlichen Auftrag nach dem 1. Verfassungszusatz dienen sollen, frei und offen sein, und der deskriptive Teil die-

ser Sicht behauptet, dass sie genau das sind. Diese Sicht wurde zum Beispiel von Richter Gurfein in einem wichtigen Urteil vertreten, mit dem er der *New York Times* 1971 die Veröffentlichung der Pentagon Papers erlaubte. In Gurfeins Entscheidung heißt es, wir hätten eine streitsüchtige, eine hartnäckige, eine allgegenwärtige Presse, aber die Machthaber müssten das ertragen, da die Meinungsfreiheit und das Recht des Volkes auf Information noch wichtigere Werte seien als ihre Freiheit von Belästigung. Also mag die Presse zwar lästig sein, aber man muss ihr trotzdem erlauben, machtfeindlich und streitsüchtig zu sein, weil diese ihre Rolle einem noch höheren Zweck dient.

Und an diesem Punkt gibt es eine Debatte. Auf der einen Seite haben wir die Leute, die sagen, dass die Medien zänkisch und machtfeindlich sind und dabei zu weit gehen. Wir müssen etwas tun, um sie zu kontrollieren und zu beschränken. Das schlugen auch die Liberalen von der Trilateralen Kommission vor, die sagten, die Medien seien in ihrer Machtfeindlichkeit viel zu weit gegangen, und wenn sie sich nicht selbst regulieren könnten, müsse das eben der Staat tun. Und die das sagen, sind Liberale! Im reaktionären Spektrum haben wir natürlich noch viel härtere Standpunkte und repressivere Ideen. So haben wir eine Seite, die sagt, wir müssen die Presse beschränken, sie ist zu streitsüchtig, und dann haben wir die Vertreter der Meinungsfreiheit wie Richter Gurfein, die sagen, nein, es stimmt zwar, die Medien sind schlimm, aber wir müssen das erlauben, weil es diese höheren Güter gibt.

Das ist also die Debatte. Es wird durchaus sehr viel über die Medien diskutiert, und das ist der Rahmen, in dem das stattfindet. Annahme: Die Medien sind machtfeindlich, quertreiberisch und unabhängig, und das vielleicht sogar so sehr, dass sie die Demokratie bedrohen. Und dann kommt die Frage: Sollen wir das zulassen, oder müssen wir sie beschränken? Und die Verfechter der Meinungsfreiheit sagen: Tut uns leid, wir müssen sie gewähren lassen, und die Gegenseite sagt, nein, es gibt wichtigere Werte wie die Regierbarkeit des Landes, und darum müssen wir die Medien stoppen.

Aber es gibt noch eine Meinung außerhalb dieses Spektrums. Sie besagt, dass die faktische Annahme, die als gegeben betrachtet, aber nicht einmal begründet wird, schlicht falsch ist. Laut dieser alternativen Sicht erfüllen die Medien tatsächlich einen sozialen Zweck – aber einen ganz anderen. Ihr Zweck ist genau das, was die Eliten, von denen ich gesprochen habe, verfechten. Die Medien internalisieren und verteidigen die ökonomische, soziale und politische Agenda bestimmter Klassen – privilegierter Gruppen, die die Gesellschaft dominieren, die sie besitzen und daher auch regieren sollten. Sie tun dies auf viele Arten – durch die Auswahl der Themen und Anliegen, die Art der Darstellung, die Filterung von Informationen, die Verbreitung von Lügen wie im Fall der Revolution ohne Grenzen, durch Hervorhebung und Ton... Das Entscheidende aber sind die Grenzen, die der Debatte gesetzt werden. Dabei folgen die Medien der Devise: Hier ist das Spektrum der erlaubten Debatte, und *innerhalb* davon kann es heftige Kontroversen geben, aber über das Spektrum selbst darf man nicht hinaus.

Die Rechten behaupten unablässig, die Presse sei ultraliberal, und daran ist ein Körnchen Wahrheit. Aber sie begreifen nicht, was das bedeutet. In einem ausgefeilten Propagandasystem ist diese liberale Tendenz äußerst wichtig. Diese Tendenz ist sogar unentbehrlich, denn sie sagt: bis hierher und nicht weiter, wir sind schon so extrem wie möglich; seht nur, wie liberal wir sind! Und natürlich werden dabei widerspruchslos alle stillschweigenden Voraussetzungen des Propagandasystems akzeptiert. Es ist ein wunderbares System, bei dem die Propaganda nie offen zu Tage tritt. Das wäre vulgär und zu durchsichtig, stattdessen setzt man sie einfach voraus. Wer diese Voraussetzungen nicht teilt, ist nicht Teil der Diskussion. Dabei werden sie dem Publikum nicht mit Brachialgewalt eingebläut, sondern einfach zur Diskussionsgrundlage gemacht. Wer sie nicht akzeptiert, kann nicht mitreden.

Wenn man sich etwa den Vietnamkrieg ansieht, der ja heftig diskutiert wurde, und dazu die Medien, gab es da wirklich eine große Debatte. Auf der einen Seite waren die Falken, die sagten, wenn wir nur härter und gewalttätiger weiterkämpfen, können wir das edle Ziel der Verteidigung Südvietnams und der Befreiung des südvietnamesischen Volkes vom Kommunismus erreichen. Auf der anderen Seite standen die Tauben, die sagten, das würde wahrscheinlich nicht funktionieren; es würde zu blutig werden und uns zu hohe Kosten verursachen. Deshalb würden wir es nicht schaffen, das edle Ziel der Verteidigung der südvietnamesischen Bevölkerung gegen den Kommunismus zu erreichen.

Auch hier gibt es eine andere Auffassung, nämlich, dass *wir* in Südvietnam die Angreifer waren. Sie hat das Verdienst, ganz offensichtlich wahr zu sein, konnte aber nicht geäußert werden: Außerhalb des Spektrums. Man kann nur mitdebattieren, wenn man die Grundannahmen teilt. Und wenn man sich die Medien während der gesamten Periode ansieht, wie Herman und ich es in unserem Buch von etwa 1950 bis heute für Indochina getan haben, findet man keine Ausnahme, nicht einmal einen statistischen Irrtum. Das ist das einzig akzeptable Spektrum. Und auch hier gibt es eine liberale Tendenz in dem Sinn, dass gegen Ende des Kriegs, seit etwa 1969 oder 1970, nachdem die Wall Street sich gegen den Krieg gewendet hatte, die Tauben das Übergewicht hatten, die sagten, es werde wahrscheinlich nicht gelingen, Freiheit und Demokratie in Südvietnam – dem Land, das wir attackierten – zu verteidigen.

Diese Perspektive auf die Medien stellt natürlich die faktischen Grundannahmen der Debatte in Frage. Sie besagt, dass die Medien so funktionieren, wie Herman und ich es in unserem Buch als Propagandamodell beschreiben. Sie funktionieren nach dem Propagandamodell. Das Wort „Propaganda“ klingt natürlich böse, aber in den ehrlicheren Zeiten der *International Encyclopedia of Social Science* wurde das Wort als gut und die Sache als etwas betrachtet, das wir unbedingt haben sollten. Je mehr davon, desto besser, wegen all der Gründe über die Lasswell seinerzeit sprach.

Das Propagandamodell macht eine Reihe von Vorhersagen. Es sagt voraus, wie die Medien sich verhalten. Die Vorhersagen können getestet werden. Eine davon bezieht sich auf das Propagandamodell selbst. Sie besagt, dass man das Propagandamodell nicht ernst nehmen wird. Und wenn man die Sache durchdenkt, gibt es dafür gute Gründe. Das Propagandamodell besagt, dass die Debatte innerhalb von Prämissen stattfinden muss, die den Interessen der Mächtigen dienen, und das Modell selbst stellt diese Prämissen in Frage. Deshalb muss es aus der Debatte eliminiert werden. Diese Vorhersage ist übrigens sehr gut bestätigt: Es ist nicht Teil der Debatte. Schon das ist eine gewisse Unterstützung für das Propagandamodell.

Daher hat dieses Modell auch etwas Niederschmetterndes. Die Behauptungen des Propagandamodells sind entweder wahr oder unwahr. Wenn sie unwahr sind, *kann* man sie ignorieren. Wenn sie wahr sind, *muss* man sie ignorieren. Oder? So oder so kann man also sicher sein, dass dieses Modell nicht diskutiert werden wird. Und genauso ist es auch.

Von da an sind die Hauptfragen faktischer Natur. Ist die Annahme über die Grenzen der Debatte richtig oder falsch? Das ist eine faktische Annahme, man kann sie untersuchen. Sie ist das eigentliche Thema, das studiert werden sollte. Wir haben hier nicht die Zeit, das zu tun, und so werde ich nur einige Kommentare dazu machen und ein paar Beispiele geben.

Zuerst drei Kommentare.

Erstens hat das Propagandamodell eine Reihe von Merkmalen. Eines davon ist, dass die Eliten es befürworten. Das heißt, es entspricht genau ihrem normativen Standpunkt, dass die Bevölkerung gefährlich ist und dafür gesorgt werden muss, dass sie nicht aus der Reihe tanzt, und zwar durch Täuschung und Propaganda, da Gewalt dafür nicht zur Verfügung steht. Und das Propagandamodell besagt ja schlicht, dass die Medien so funktionieren, wie die Eliten es gut finden. Ein Punkt an diesem Modell ist also, dass es den Wünschen der Eliten entspricht.

Ein *zweiter* Punkt ist, dass das Modell eine gewisse *a priori* Plausibilität hat. Es ist fast die natürliche These, wenn man von völlig unstrittigen Annahmen ausgeht. Angesichts der Struktur der Gesellschaft könnte man das Propagandamodell fast ohne Ansehung der Fakten vorhersagen. Warum? Dazu muss man sich nur fragen, was die großen Medien eigentlich sind.

So, wie die Medien funktionieren, legen die bedeutendsten unter ihnen, wie die *New York Times* und die *Washington Post*, große nationale Medien, die Agenda fest. Wenn die Regierung möchte, dass eine Nachricht abends im Fernsehen kommt, lässt sie sie durchsickern, damit sie auf den Titelseiten der *Washington Post* und der *New York Times* erscheint, weil dann auch das Fernsehen sie aufgreifen und sagen wird, OK, das ist wichtig, wir bringen es groß raus. Dasselbe gilt für das nationale Fernsehen. Es legt die Agenda fest, die andern folgen. Die Titelseite der *New York Times* wird am Nachmittag des vorigen Tags über die Nachrichtenagenturen verschickt. Wenn man sich ansieht, was über AP kommt, stellt man fest, dass es gegen vier Uhr nachmittags eine Meldung gibt, die sagt, so und so wird die Titelseite der *New York Times* von morgen aussehen. Als Redakteur einer Zeitung in irgendeiner Kleinstadt liest man das dann und sagt sich, oh, das sind die wichtigen Nachrichten, und dementsprechend berichtet man. Das gilt natürlich nicht zu hundert Prozent, aber es gibt sehr wohl Medien, die die Agenda festlegen – die *New York Times*, die *Washington Post*, die drei großen Fernsehkanäle und ein paar andere, die ebenfalls einen gewissen Anteil daran haben.

Man muss sich fragen, was das für Institutionen sind. Antwort: Sie sind zu allererst Großkonzerne, einige der größten Konzerne im ganzen Land. Außerdem sind sie mit noch größeren Konzernen wie General Electric und so weiter verwoben und gehören ihnen zum Teil. Wir haben es also mit riesigen Konzernen und Konglomeraten zu tun. Und wie andere Konzerne verkaufen sie Produkte an Käufer. Die Käufer sind in diesem Fall die Werbekunden; von ihnen leben sie. Das Produkt ist das Publikum. Sie verkaufen ihr Publikum an die Werbekunden. Im Fall der großen Medien handelt es sich um ein privilegiertes Publikum. Das treibt die Werbekpreise in die Höhe: Genau dieses Publikum wollen die Werbekunden ja erreichen.

Wir haben es also mit Unternehmen, mit Konzernen zu tun, die ein relativ privilegiertes Publikum an andere Unternehmen verkaufen. Das stellt sich natürlich die Frage, welches Ergebnis man von dieser Interaktion erwartet: Großkonzerne verkaufen ein privilegiertes Publikum an andere Konzerne. Nun, ohne weitere Zusatzannahmen wird man von den Medien dann eine Interpretation der Welt erwarten, die die Interessen und Bedürfnisse der Verkäufer, der Käufer und des Produkts widerspiegelt. Das wäre kaum überraschend; überraschend wäre höchstens das Gegenteil. Damit sind wir natürlich wieder beim Propagandamodell. Was man also am Ende sieht, ist genau das, was man aufgrund ziemlich unstrittiger Annahmen über den freien Markt erwarten würde: Die Medien funktionieren gemäß dem Propagandamodell.

Bei näherem Hinsehen finden sich viele weitere Faktoren, deren Wechselspiel zur selben Erwartung führt. Die ideologischen Manager – die Redakteure, die Kolumnisten, die Moderatoren und so weiter – genießen große Privilegien. Das sind reiche und privilegierte Leute, deren Verbindungen, Interessen, Sorgen und Belange eng mit denen genau der Gruppen verbunden sind, die die Wirtschaft beherrschen und den Staat dominieren. Zwischen ihnen allen besteht

ein ständiger Fluss und Austausch. Es handelt sich letztlich um ein und dieselbe Gruppe, nämlich die Leute, denen das Land gehört, oder die, die deren Interessen dienen. Und wieder wäre es kaum überraschend zu entdecken, dass Letztere die Wahrnehmungen, Sorgen, Gefühle, Interessen und Meinungen der anderen in dieser Gruppe teilen: der Leute, mit denen sie zu tun haben oder deren Position sie anstreben, wenn sie den Arbeitsplatz wechseln und so weiter. Auch das wäre nicht sehr überraschend. Ich werde das hier nicht vertiefen, aber es gibt viele weitere Faktoren, die in dieselbe Richtung wirken.

Das war mein zweiter Punkt. Er dreht sich darum, dass das Propagandamodell von vornherein eine gewisse Plausibilität hat.

Ein *dritter*, weniger bekannter Punkt ist, dass ein Großteil der Bevölkerung das Propagandamodell für richtig hält. Im Gegensatz zu dem, was man so hört, sagen Leute in Umfragen darüber, was sie über die Medien denken, regelmäßig, diese seien zu konformistisch, zu angepasst gegenüber den Herrschenden und zu gehorsam. Das sagt eine relative und manchmal auch eine absolute Mehrheit in den Umfragen. Die Standardmeinung ist also, dass die Medien zu unkritisch gegenüber Staat und Regierung sind.

Wir haben jetzt drei Beobachtungen. Die Eliten sind große Anhänger des Propagandamodells – sie finden, genauso sollten die Medien aussehen. Das Modell ist *a priori* plausibel aufgrund unumstrittener Annahmen über den freien Markt. Und ein Großteil, vermutlich die Mehrheit, der Bevölkerung ist der Meinung, dass es richtig ist. All das beweist natürlich nicht, dass es stimmt, legt aber nahe, dass es Teil der Diskussion sein sollte. Aber das ist es nicht. Es ist kein Thema, genau, wie es das Modell selbst vorhersagt. Das ist interessant, all das ist eine interessante Sammlung von Beobachtungen.

Was ist mit der faktischen Frage, wie sich die Medien verhalten? Dazu gibt es inzwischen Tausende von Seiten an detaillierter Dokumentation, Fallstudien und anderes, die das Modell auf jede nur denkbare Weise getestet haben. Ich werde nachher über einige solcher Tests sprechen und vielleicht in der Diskussion darauf eingehen. Ich denke, diese Tests waren angemessen und sehr hart, und soweit ich weiß, hat das Modell sie alle bestanden. In den wenigen Fällen, wo Gegner es überhaupt diskutierten, war das Argumentationsniveau so peinlich, dass die Plausibilität des Modells umso klarer hervortritt. Ich denke, man kann sogar sagen, dass es eine der bestbestätigten Thesen der Sozialwissenschaften ist. Aber genau wie es selbst vorhersagt, ist es nicht Teil der Agenda. Es kann nicht einmal diskutiert werden.

Jetzt sollte ich eigentlich das tun, was man in einem Seminar machen würde, das heißt, mich Fällen zuwenden – fragen, wie man das Modell testen kann, was die Ergebnisse sind usw. Es gibt inzwischen eine Menge teils unveröffentlichten Printmaterials dazu, anhand dessen man selbst prüfen kann, ob man es, so wie ich, plausibel und zutreffend findet. Ich werde einfach ein paar Fälle zur Illustration vorlegen. Ich tue das widerstrebend, weil diese Beispiele irreführend sein und suggerieren könnten, dass es sich um etwas Sporadisches handelt. Wenn man ein paar solche Fälle vorgelegt bekommt, fragt man sich zu Recht, ob die Auswahl repräsentativ oder einfach nur zweckdienlich ist. Also sollte man gegenüber solch isolierten Fällen misstrauisch sein. Genau deshalb wurde das Modell durch *vielerlei* Methoden getestet. Wir können an diesem Faktor hier nichts ändern, aber dennoch möchte ich jetzt einige Beispiele geben, um zu illustrieren, was man meines Erachtens finden wird, wenn man untersucht, wie die Medien tatsächlich berichten.

Nehmen wir ein Thema, von dem man erwarten sollte, dass es die Medien interessiert, nämlich die Pressefreiheit: Sie haben schließlich ein berufliches Interesse daran. Und tatsächlich wird das Thema in den Medien breit diskutiert.

In den letzten zehn Jahren sind die Probleme der Presse in repressiven Gesellschaften sehr stark debattiert worden; dafür gibt es etliche Beispiele. Der Fall, der in dieser Zeit bei weitem am intensivsten und vermutlich mehr diskutiert worden ist als alle anderen Fragen zu Presse- und Medienfreiheit auf der ganzen Welt, ist der der einzigen Zeitung in Lateinamerika, deren Namen 99 Prozent der gebildeten US-Bevölkerung nennen könnten, wenn man sie nach einer lateinamerikanischen Zeitung fragen würde, nämlich *La Prensa* in Nicaragua.

Es gab eine gewaltige Menge von Berichten über die Probleme von *La Prensa* in Nicaragua. Der Medienanalytiker Francisco Goldman, der die Pressefreiheit in diesen Ländern studiert hat, notierte, dass er innerhalb von vier Jahren an die 260 Erwähnungen in der *New York Times* gefunden hat. Das ist eine enorme Zahl. Vermutlich hat niemand die Frage genau untersucht, aber wenn man es täte, bin ich sicher, dass das mehr Berichte wären als über sämtliche anderen Probleme der Pressefreiheit in der restlichen Welt, und zwar um einen beträchtlichen Faktor. *La Prensa* ist der eine, der super-berühmte Fall.

Und die Berichte über die Probleme dieser einen Zeitung waren sehr aufgebracht und wütend. Gehen wir zurück zu dem Zeitpunkt, als Ronald Reagan den Kongress dazu brachte, eine 100-Millionen Dollar-Hilfe zu bewilligen, damit wir Krieg haben konnten, einen echten Krieg, womit wir die Forderung des Weltgerichtshofs verletzen, dass die USA ihre gesetzwidrige Aggression gegen Nicaragua einstellen müsse. Unmittelbar nachdem die US-Regierung verkündete, dass wir jetzt endlich einen echten Krieg haben, verhängte die Regierung Nicaraguas ein Verbot gegen *La Prensa*. Das löste in den USA rasende Empörung aus.

An der Harvard University gibt es eine angesehene Stiftung für Journalismus, die Nieman Foundation. Sie verlieh ihren jährlichen Preis umgehend an die Herausgeberin von *La Prensa*, Violeta Chamorro, um ihr in diesem Moment der Krise ihre Solidarität auszudrücken und zu zeigen, wie wichtig ihr die Pressefreiheit ist. Die *Washington Post* brachte gleich danach einen Leitartikel namens „Zeitung des Wagemuts“, der anregte, Chamorro sollte nicht einen, sondern zehn Preise bekommen. Die *New York Review of Books* brachte einen Artikel des linksliberalen Korrespondenten Murray Kempton, der zu Spenden aufrief, um *La Prensa* in dieser schweren Zeit am Leben zu halten. Diese Spenden hätten dann die CIA-Subventionen aufstocken können, die die Zeitung schon seit dem Erfolg der sandinistischen Revolution 1979, als in den USA noch Carter regierte, am Laufen hielten. Kurzum, überall herrschte große Wut und Hysterie über diesen grausamen Angriff auf die Pressefreiheit.

Sehen wir uns die Sache etwas näher an.

Erstens: Was ist *La Prensa*? *La Prensa* ist eine Zeitung, die zum Sturz der Regierung Nicaraguas durch dieselbe ausländische Macht aufruft, die die Zeitung finanziert und die Regierung Nicaraguas tatsächlich stürzen will. Das ist eine interessante Konstellation. Man frage sich einmal, ob es in der Geschichte des Westens je etwas Ähnliches gegeben hat.

Zum Beispiel: Wurde 1943 eine große US-Zeitung, sagen wir, die reichste Zeitung des Landes, von den Nazis finanziert und rief zum Sturz der US-Regierung auf? Und was wäre passiert, wenn so etwas überhaupt je möglich gewesen wäre? Über die Antwort muss man nicht lange nachdenken.

Damals wurden selbst winzige Zeitungen, die von niemandem Geld bekamen, aber Fragen wie Wehrdienstverweigerung aufwarfen, zensiert, kontrolliert und verboten. Im Ersten Weltkrieg war die Repression sogar noch schlimmer, und nach dem Krieg steckten wir sogar einen Präsidentschaftskandidaten für zehn Jahre ins Gefängnis, weil er sich offen gegen die Wehrpflicht ausgesprochen hatte.

In der Geschichte des Westens findet man also nichts zu *La Prensa* Vergleichbares, und im Rest der Weltgeschichte wohl auch nicht.

In den USA wird *La Prensa* als die Zeitung hingestellt, die sich gegen Somoza stellte. Und es gab tatsächlich einmal eine Zeitung namens *La Prensa*, die dem Diktator mutig entgegentrat. Ihr Chefredakteur wurde ermordet. Sie trug denselben Namen, *La Prensa*, und gilt heute immer noch als dieselbe Zeitung. Aber stimmt das? Hier wird es ein bisschen schwierig. Der Name ist ja tatsächlich derselbe.

1980 beschlossen die Eigentümer von *La Prensa*, die Zeitung in ein Werkzeug zum Sturz der neuen Regierung zu verwandeln. Sie entließen den Chefredakteur, der Bruder eines unter Somoza ermordeten anderen Chefredakteurs war, und es gab eine Spaltung in der Redaktion. 80 Prozent der Redaktion und der Chefredakteur gingen und gründeten eine neue Zeitung, *El Nuevo Diario*. Sie ist die Nachfolgerin der alten *La Prensa*, zumindest, wenn eine Zeitung durch den Chefredakteur und die Redaktion definiert ist und nicht durch das Geld, das sie von der CIA bekommt. Dann sieht die Definition natürlich anders aus. Auch diese Frage wird im Übrigen nie diskutiert.

Nehmen wir aber einfach einmal an, dass *La Prensa* eine CIA-Zeitung ist und dass es in der Geschichte des Westens keine Parallele dazu gibt. Die Zeitung ruft zum Sturz der Regierung auf und wird von einer ausländischen Supermacht finanziert, die genau dieses Ziel verfolgt. Ein authentischer Bürgerrechtler würde *La Prensa* dann trotzdem gegen Schikanen verteidigen. Ich finde, jemand, der wirklich an bürgerliche Freiheiten glaubt, sollte sagen: Ja, England hätte 1942 zulassen sollen, dass die Presse von Nazi-Deutschland dominiert wird; andernfalls zeigt das, dass man in England nicht an die Freiheit glaubte. Das ist die Position eines echten Bürgerrechtlers – und die der Gemeinde der Gebildeten in den USA in Bezug auf *La Prensa*.

Und hier stellen wir die offensichtliche Frage: Basiert dieses leidenschaftliche Engagement für die Freiheit auf Begeisterung für die Freiheit oder auf der Dienstbarkeit gegenüber dem eigenen Staat?

Diese Frage lässt sich recht leicht beantworten. Und wir alle wissen, wie. Wir stellen sie regelmäßig, wenn wir die Propaganda unserer Feinde analysieren. Oder wir stellen sie gar nicht erst, weil die Antwort zu offensichtlich ist.

Sehen wir uns etwa die Verlautbarungen des Weltfriedensrats an, einer Frontorganisation der Kommunisten, oder des Ostdeutschen Friedenskomitees, eines Anhängsels der DDR-Regierung. Man liest das Material und findet dort viele meist wahrheitsgemäße Darstellungen von Verbrechen, Gräueln und Repressalien, die in den USA stattfinden oder von der US-Regierung und ihren Gehilfen begangen werden – und außerdem große Empörung über diese Missstaten. All das stimmt oft, und oft wird hier bei uns nicht darüber berichtet. Loben wir sie deswegen wegen ihrer Leidenschaft für die Freiheit? Nein, denn wir stellen erst eine Frage: Wie verfahren sie mit der Repressalien und den Gräueltaten, die von der Sowjetunion und ihren Klienten begangen werden und für die sie verantwortlich sind? Sobald diese Frage beantwortet ist, betrachten wir die Propagandisten mit Spott und Verachtung, und zwar zu Recht, selbst

wenn ihre Anklagen stimmen. Das ist ein fairer Test, und wir sollten ehrlich genug sein, ihn auch auf uns selbst anzuwenden. Tun wir das hier also einmal.

Dabei stellen wir genau dieselbe Frage an die Verteidiger *La Prensas* – also an die *New York Times*, die *Washington Post*, die *New York Review of Books*, die Bildungsbürger der USA, die Nieman-Stiftung usw. Wie testen wir ihre Haltung? Nun, wir vergleichen einfach. Wir betrachten Fälle von Unterdrückung der Pressefreiheit in *unserem* Herrschaftsbereich und fragen: Wie haben sie reagiert? Und es gibt viele sehr gut vergleichbare Fälle.

Nehmen wir El Salvador. Dort gab es einmal unabhängige Zeitungen. Jetzt nicht mehr. Diese Zeitungen wurden nicht von einer ausländischen Macht finanziert, die die Regierung des Landes stürzen wollte. Sie unterstützten nicht die Guerillas. Es waren gemäßigt liberale Zeitungen, die für gemäßigte Reformen wie Landverteilung und geringere Konzentration des Landbesitzes eintraten. Diese Zeitungen gibt es nicht mehr. Sie wurden nicht zensiert. Sie wurden nicht schikaniert. Die von uns eingesetzte, ausgebildete, gelenkte und bewaffnete Regierung setzte andere Techniken ein. Im ersten Fall entführten die Sicherheitskräfte einen Redakteur und einen Fotojournalisten in einem Restaurant in San Salvador, verschleppten sie, zerkleinerten sie mit Macheten in Stücke und ließen sie in einem Graben zurück. Der Eigentümer der Zeitung ergriff die Flucht. So kam man ganz ohne Zensur aus.

Im zweiten Fall waren mehrere Bombenanschläge und drei Mordversuche nötig. Dann umringte das von uns ausgebildete, unterstützte und bewaffnete Militär das Gebäude, stürmte es und schlug alles in Stücke. Der Herausgeber floh. Soviel zur zweiten Zeitung in diesem Land.

Das war das Ende der freien Presse in El Salvador.

Und hier stellen wir die Frage: Wie reagierte die US-Presse darauf?

Das wurde von der medienkritischen Gruppe FAIR (Fairness & Accuracy in Reporting) untersucht, die sich acht Jahre Berichterstattung der *New York Times* vornahm, um zu sehen, was dort darüber gesagt worden war. Wie sich herausstellte, brachte der Nachrichtenteil der *New York Times* nicht ein Wort darüber. Ich habe mir die Kommentare angesehen. Das Ganze wurde kein einziges Mal erwähnt. Tatsächlich kamen die erwähnten Vorfälle das einzige Mal zur Sprache, als der exilierte Redakteur einer der Zeitungen einen Gastkommentar bekam, in dem er berichtete, was passiert war. Das ist ein wichtiges Detail, auch weil es bedeutet, dass all die „Bürgerrechtler“ Bescheid wussten: die Leser der *New York Times*, die Leute der Nieman-Stiftung, die Herausgeber der *New York Review of Books* und natürlich die der *Times* selbst – sie alle wussten es. Es war nur nicht wichtig genug für Berichte oder Kommentare. Das zeigt uns, wie tief das Engagement für Pressefreiheit wirklich geht.

Wenden wir uns dem Nachbarland Guatemala zu. Auch hier, keine Zensur. Das Regime kümmerte sich Anfang der 1980er um die Pressefreiheit, indem es einfach an die fünfzig Journalisten ermordete, darunter Journalisten, die gerade im Radio oder Fernsehen auf Sendung waren. So konnte man sich ohne Zensur mit dem Problem der Pressefreiheit auseinandersetzen. Von ein paar Worten hier und da abgesehen wurde das hier nicht diskutiert. Das war ja die Regierung, die wir unterstützten, die wir begeistert unterstützten. Diese Regierung ist jetzt angeblich eine Demokratie. Es gab Wahlen dort, auf die wir enorm stolz sind.

Nachdem dort also wieder Demokratie etabliert worden war, kehrte ein geflohener Zeitungsredakteur – gerade erst letztes Jahr – zurück, um eine kleine Zeitung aufzumachen. Er wurde

nicht aus dem Ausland finanziert, er rief nicht zum Sturz der Regierung auf, nichts davon, nur eine kleine, links-liberale Zeitung ohne viel Geld namens *La Epoca*.

Sowie er zurück war, drohten die Todesschwadronen, (die in Wirklichkeit Teil der „Sicherheitskräfte“ sind), ihn zu töten, wenn er bliebe. Aber er blieb und gründete die Zeitung, brachte ein paar Nummern heraus. Dann überfielen 15 bewaffnete Männer, offenkundig Soldaten oder Polizisten, die Redaktion. Sie zerstörten sie, legten Feuer und entführten den Nachtwächter. Am Tag darauf gab der Herausgeber eine Pressekonferenz, wo er sagte, dies zeige, dass es in der so genannten Demokratie Guatemalas keine Pressefreiheit gibt. Ein paar Reporter der europäischen Presse kamen, aber soweit ich weiß, niemand aus den USA. Dann bekam er eine weitere Drohung – entweder er würde das Land verlassen oder man würde ihn umbringen. Diesmal floh er. Er wurde vom Botschafter eines westlichen Landes zum Flughafen gebracht, damit er nicht noch auf dem Weg getötet wurde, und ging zurück in sein Exil in Mexiko.

Wieviel wurde darüber berichtet? In der *New York Times* und der *Washington Post*, den beiden Zeitungen, die ich überprüft habe, kam gar nichts – buchstäblich kein Wort. Aber nicht, weil sie es nicht wussten. Sie wussten es. Und es ist klar, dass sie es wussten, weil auf den hinteren Seiten manchmal die Rede davon ist. So gab es im Kulturteil der *New York Times* ein paar Wochen später den Bericht eines Journalisten, der zu einer Veranstaltung in Mexiko fuhr, diesen Herausgeber traf und dann, leider nur indirekt, auch über diese Vorfälle schrieb. Die Geschehnisse waren also bekannt, aber nur keinen echten Bericht wert.

Nehmen wir einen anderen wichtigen, tatsächlich *den* wichtigsten Klienten der USA, nämlich Israel. Das ist das Land, das die höchsten Subventionen von den USA erhält, und wenn man herausfinden will, wie die US-Eliten über Pressefreiheit denken, muss man sich ansehen, wie sie Fragen der Pressefreiheit in Israel bewerten.

Hier haben wir das Glück, dass die Geschichte uns einige kontrollierte Experimente liefert. Gehen wir zurück zu der Woche, in der *La Prensa* verboten wurde, direkt nachdem die US-Regierung Nicaragua in eigenen Worten und entgegen dem Beschluss des Weltgerichtshofs den Krieg erklärt hatte. Daraufhin wurde die US-finanzierte Zeitung, die für den Sturz der eigenen Regierung eintrat, verboten.

Genau damals schloss Israel zwei Zeitungen in Jerusalem und verbot sie *endgültig*. Es war nicht der erste solche Fall. Dieser Fall ging bis zum Obersten Gerichtshof Israels, der urteilte, das Verbot beider Zeitungen sei legitim, weil die Sicherheitsdienste (ohne Beweise, da sie dazu nicht verpflichtet sind) behauptet hatten, die Zeitungen seien von feindlichen Elementen – womit vermutlich die PLO gemeint war – finanziert. Und der Gerichtshof erklärte, keine Regierung würde je ein ansonsten völlig legitimes Unternehmen zulassen, das von einer feindlichen Macht finanziert und unterstützt wird. In Israel herrsche Pressefreiheit, allerdings nur insoweit sie nicht die Sicherheit des Staates unterminiere. Soweit das hohe Gericht Israels.

Wie viele Berichte gab es über diese beiden Zeitungsschließungen, während völlige Hysterie über *La Prensa* herrschte? Keinen einzigen. Oder um genau zu sein, gab es einen Leserbrief von mir im *Boston Globe* über die Heuchelei der Harvard University und der Nieman-Stiftung, in dem ich die Schließungen erwähnte. Aber sonst erschien meines Wissens in den gesamten USA gar nichts darüber.

Im Oktober 1987, ein Woche nach Inkrafttreten des Zentralamerikanischen Friedensabkommens, wurde *La Prensa* wieder zugelassen und fing sofort wieder an, für den Sturz der Regierung und die Unterstützung der Contras zu missionieren. In der Woche nach Wiedereröffnung

von *La Prensa* lieferte die Geschichte ein aufschlussreiches Experiment. Damals verbot Israel eine Zeitung in Nazareth (also in Israel) und schloss ein Nachrichtenbüro in Nablus. Die Zeitung in Nazareth wurde wie das Büro in Nablus verboten, weil der Staat ohne Beweise behauptete, sie stünde mit einer feindlichen Gruppe in Verbindung. Und die angerufenen Gerichte erklärten das Verbot für legitim, obwohl der Herausgeber – offenkundig wahrheitsgemäß – insistiert hatte, alles, was in seiner Zeitung erschien, sei zuvor durch die Zensur gegangen, da doch in Israel strenge Zensur herrscht. Aber das war egal. Das Nachrichtenbüro in Nablus wurde unter demselben Vorwand geschlossen, es stehe in Verbindung zu irgendeiner „feindlichen Gruppe“, und der Fall kam offenbar nie vor Gericht.

Wie viele Berichte gab es darüber? Die übliche Zahl: Null.

Ich könnte hier weitermachen, aber schon diese Fakten beantworten die erste Frage sehr klar: Die angebliche Sorge über die Pressefreiheit in Nicaragua ist totaler Schwindel. Es geht hier gar nicht um Sorge um die Pressefreiheit, sondern um den Dienst am eigenen Staat. Tatsächlich glaube ich, dass die Publizisten in den USA – und damit meine ich nicht unbedingt die, die darüber öffentlich schreiben und reden – die wirklich an so etwas wie Pressefreiheit glauben, in ein Wohnzimmer, vielleicht sogar in eine Telefonzelle passen. Und von denen hat sich wohl kaum jemand groß über *La Prensa* aufgeregt.

Das findet man, wenn man näher hinsieht. Ich werde jetzt noch ein letztes Beispiel geben.

Wenn ich über unser heutiges Thema spreche, verwende ich gern die jeweils letzte Nummer der *New York Times*, denn dort findet man immer ein sehr gutes Beispiel auf der Titelseite. Aber heute fand ich mich leider um fünf Uhr morgens in Eau Claire in einem Schneesturm wieder und musste mit dem Auto hierher fahren. So konnte ich kein Exemplar von heute kaufen und muss leider das von gestern benutzen.

Der große Aufmacher der *New York Times* gestern, links und rechts auf der Titelseite, war eine Geschichte mit dem Titel: „US-Gesandter fordert Honduraner auf, die Contras bleiben zu lassen“. Und dann wird der Versuch der Bush-Administration beschrieben, Honduras zu überreden, die Contras im Land bleiben zu lassen, und es geht weiter bis zur Fortsetzung Mitte der zweiten Seite, und da findet man folgenden Satz: „Eigentlich scheint der Vorschlag, die Contras im Land zu behalten, unvereinbar mit dem Geist des regionalen Friedensabkommens, das ihre Umsiedlung fordert, aber Sprecher der Regierung versichern, dass hier kein Widerspruch vorliegt.“ OK! Eine offene Kritik an der Regierung! Sehen wir uns die Fakten dahinter an.

Der Vorschlag *scheint* nicht nur mit dem *Geist* des regionalen Friedensabkommens unvereinbar – er steht in glattem Widerspruch zum *Wortlaut* dieses Abkommens. Dabei ist es gleichgültig, von welcher Version des Friedensabkommens wir sprechen. Im Zentralamerikanischen Friedensabkommen von 1987 zum Beispiel wird *ein* Element als unentbehrlich für den Frieden in der Region bezeichnet, nämlich die Einstellung jeder logistischen, technischen und propagandistischen Hilfe für sämtliche irregulären Kräfte, die Angriffe aus dem Ausland starten. Damit sind die Contras gemeint. Erst vor ein paar Wochen gab es ein weiteres Abkommen, mit dem alle fünf Präsidenten Mittelamerikas sich verpflichteten, die Contras innerhalb von neunzig Tagen umzusiedeln. Der US-Vorschlag *scheint* also nicht nur in dem *Geist* des Abkommens zu widersprechen, er steht in glattem Widerspruch zu seinem genauen Wortlaut.

Und es geht weiter. Im Kongress wird es eine Abstimmung über „humanitäre Hilfe“ für die Contras geben, für deren Verbleib in Honduras sich die USA gerade eingesetzt haben, und die Presse wird das getreulich wie schon die ganze Zeit zuvor als humanitäre Hilfe bezeichnen.

Nun, der Begriff „humanitäre Hilfe“ hat eine klare Bedeutung. Diese wurde kürzlich sehr eindeutig vom Weltgerichtshof, der höchsten Autorität in dieser Frage, definiert – im selben Beschluss, in dem er die USA für ihre Aggression in Nicaragua verurteilte. Dort wurde humanitäre Hilfe als Hilfe definiert, die ausschließlich den geheiligten Zwecken des Roten Kreuzes entspricht, das heißt, sie muss an bedürftige und leidende Zivilisten gehen. Außerdem gilt sie nur dann als *humanitäre* Hilfe, wenn sie ohne Unterschied an Zivilisten beider Konfliktparteien geht. Andernfalls kann von humanitärer Hilfe keine Rede sein. Also ist laut Beschluss des Weltgerichtshofs – in Wirklichkeit der Standarddefinition – das, was die Medien humanitäre Hilfe nennen, alles andere als das; es ist Militärhilfe. Es ist Hilfe zur Erhaltung militärischer Kräfte, damit sie Nicaragua weiter bedrohen können.

Übrigens senden die USA sehr wahrscheinlich auch illegal Militärhilfe an die Contras innerhalb Nicaraguas und benutzen dazu den Luftwaffenstützpunkt Ilopango in San Salvador. Das haben sie die ganze Zeit getan, nämlich über die „Hasenfus-Gruppe“, so genannt, weil sie auf-flog, als der US-Söldner Eugene Hasenfus über Nicaragua abgeschossen wurde.

Das ging schon etliche Jahre so, und die Medien wussten all die Jahre davon, berichteten aber nichts. Der Skandal kam erst, als sie gezwungen waren zu berichten, was sie schon immer wussten. Und einige der ehrlicheren Reporter gaben zu, ja wir wussten es die ganze Zeit und haben es nicht berichtet. Der nicaraguanische Geheimdienst hatte ihnen die ganze Zeit Informationen über diese Flüge geliefert – wie viele es waren, wo sie stattfanden, Radarortungen. Es war bloß einfach nicht die Art von Geschichte, über die man als guter Kommissar berichtet. Also wurde nichts darüber gebracht, bis das Flugzeug mit dem US-Söldner abgeschossen wurde, und dann waren sie am Ende doch zu gezwungen zu berichten.

Dieselben Quellen aus Nicaragua, die zuvor ignoriert wurden, aber, wie alle zugeben, Recht hatten, berichten jetzt wieder, dass die Radarüberwachung Nicaraguas Contra-Flüge von Ilopango nach Nicaragua ortet. Wieder gibt es keinen besonderen Grund zu bezweifeln, dass die Berichte stimmen, aber ich habe bis jetzt keine einzige Meldung darüber in den Medien finden können. Und wieder nicht deshalb, weil sie nicht Bescheid wissen. Die Berichte kamen über AP, was heißt, dass jeder davon weiß. Und es geht nicht um eine obskure Geschichte; schließlich drehten sich ja die ganzen Iran-Contra-Anhörungen genau darum. Aber eine disziplinierte Presse berichtet über solche Dinge einfach nicht.

Nun ist dies ein freies Land, also kann man es herausfinden. Alle Leser der sandinistischen Zeitung *Barricada Internacional*, die von San Francisco aus an etwa 1.500 Leute verschickt wird, konnten es herausfinden. Es ist also wirklich schön, nicht in einem totalitären Land zu leben. Und auch Leute, die zufällig Zugang zu Nachrichtenagenturen wie AP haben oder den ganzen Tag Nachrichten lesen, konnten es herausfinden, aber gewöhnliche Konsumenten, gewöhnliche Zeitungsleser und Fernsehzuschauer nicht, obwohl es doch ziemlich wichtig ist.

Was die „humanitäre“ Hilfe betrifft, wird in einigen Wochen darüber abgestimmt, und sie wird wahrscheinlich durchkommen. Die bisher gewährte angebliche humanitäre Hilfe verstößt gegen das Zentralamerikanische Abkommen und sogar gegen das Kongressgesetz selbst, mit dem die Hilfe verabschiedet wurde. Wir haben hier sogar einen internen Widerspruch, aber in den Medien wird niemand ihn aufzeigen. Wie kann das sein? Sehen wir es uns an.

Im Kongressgesetz zur humanitären Hilfe von letztem Jahr hieß es, die Hilfe müsse dem Zentralamerikanischen Abkommen und dem damals frisch geschlossenen Waffenstillstandsabkommen zwischen den Contras und der Regierung Nicaraguas entsprechen. So das Gesetz. Das Waffenstillstandsabkommen macht hier sehr genaue Aussagen. Es besagt, dass Contras in

festgelegten Waffenstillstands-Zonen innerhalb Nicaraguas Hilfe erhalten können, und zwar zum Zweck ihrer Umsiedlung und ihrer Reintegration in die nicaraguanische Gesellschaft. Also ist laut Gesetzgebung des Kongresses dies die einzige Art Hilfe, die wir geben dürfen. Ferner heißt es in dem Abkommen, dass die Hilfe durch eine neutrale Instanz erfolgen muss. Aber der Kongress verletzte umgehend sein eigenes Gesetz, indem er US Aid als Hilfs-Instanz bestimmte. Das hat mit Neutralität nicht das Geringste zu tun. Ich muss nicht extra erwähnen, dass US Aid eine Filiale des US-Außenministeriums ist, die oft als Fassade für die CIA fungiert. Ferner war die beschlossene Hilfe für Contras in *Honduras* bestimmt statt für Waffenstillstands-Zonen in Nicaragua, das heißt, sie zielte auf die *Erhaltung* der Contras, nicht ihre Umsiedlung und Reintegration in die Gesellschaft Nicaraguas.

Der Kongress verstieß also sofort gegen sein eigenes Gesetz. Das erwähnte Waffenstillstandsabkommen hatte auch eine Instanz bestimmt, die über die Form seiner Einhaltung wachen sollte, nämlich den Generalsekretär der Organisation der Amerikanischen Staaten OAS João Clemente Baena Soares. Direkt nach den skizzierten Ereignissen schrieb er einen Brief an George Shultz, in dem er die USA für ihre Verletzung des Waffenstillstandsabkommens verurteilte. Tatsächlich verletzen wir damit sogar ein Kongressgesetz. Soweit ich weiß, ist über nichts davon je berichtet worden. Versuchen Sie selbst, etwas darüber zu finden.

Obwohl also die Überwachungsinstanz die Hilfe sofort als illegal bezeichnete, obwohl der Kongress mit seiner Hilfe die eigene Gesetzgebung und erst recht das Waffenstillstandsabkommen des regionalen Friedenabkommens missachtete, wurde nichts von alledem berichtet, und ich prophezeie Ihnen schon jetzt, dass wieder nicht berichtet werden wird, wenn über das Ganze in einigen Wochen erneut abgestimmt wird.

Das ist es, was man findet, wenn man genau hinsieht, und man findet es überall. Tatsächlich ist es so gut wie universell; es ist schwer, überhaupt Ausnahmen zu entdecken. Und das entspricht genau der Erwartung. Aufgrund sehr plausibler Grundannahmen ist genau das die Funktionsweise der Medien, die man erwarten würde.

Ich möchte am Ende noch einmal auf die Vorhersage zum Propagandamodell selbst zurückkommen: Wie gut es auch bestätigt sein mag, es wird nicht Teil der Diskussion sein, sondern außerhalb des Debattenspektrums liegen. Gerade weil es zutrifft, ist das praktisch garantiert, aus den Gründen, die ich erwähnt habe. Und auch diese Folgerung ist sehr gut bestätigt, und man kann sich ziemlich sicher sein, dass es auch in Zukunft so bleiben wird.